

## Hintergrundpapier zum Kurzgutachten zur energiewirtschaftlichen Planrechtfertigung im Entwurf des Braunkohleplans „Tagebau Welzow Süd räumlicher Teilabschnitt II“ von Prof. Dr. Erdmann.

### Zusammenfassung:

Der Gutachter kann eine Notwendigkeit für den Tagebau Welzow Süd nur in sehr engen und im Eintreten unwahrscheinlichen Rahmenbedingungen herleiten. Im Prinzip geht er davon aus, dass die Energiewende nicht stattfindet. Für die Bereitstellung von Regelenergie werden sogar ansatzweise Alternativen dargestellt. Aus der im Gutachten dargestellten „Möglichkeit“ wird eine „Notwendigkeit“ gemacht. Es liegen aber keine Anhaltspunkte für das Eintreten des im Gutachten beschriebenen Szenarios vor. Vielmehr zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass die Braunkohle ohne jährliche Subventionen von 231 Mio. Euro nicht wettbewerbsfähig ist.

Das Gutachten von Prof. Erdmann basiert auf zahlreichen Annahmen und wenig belastbaren Fakten. Es enthält weder neue Erkenntnisse, noch zeigt es neue Zusammenhänge auf. Allerdings steht es im krassen Widerspruch zu zahlreichen anderen Gutachten und zu den energie- und klimapolitischen Zielen der Energiestrategie 2030 des Landes und den Zielen der Bundesregierung. Die Braunkohleverstromung wird im Gutachten nicht als Brückentechnologie betrachtet, sondern zum „Dauerbrenner“ verklärt.

Welzow-Süd II soll vordringlich der Versorgung des Kraftwerkes Schwarze Pumpe dienen. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass für das Kraftwerk Schwarze Pumpe auch zukünftig mit einer Auslastung von durchschnittlich 6.500 Betriebsstunden zu rechnen sei. Diese Schlussfolgerung basiert auf der Annahme, dass die heutigen Rahmenbedingungen auch noch in 30 Jahren gelten. Der Gutachter unterlässt die Einbeziehung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien auf die Merit-Order, die möglichen Regulierungen des Strommarktes, z.B. Aufbau eines Kapazitätsmarktes, die sinkenden Brennstoffpreise auf dem Weltmarkt und die klimapolitischen Optionen einer drastischen Verknappung und Verteuerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate.

Würden sich trotzdem die Annahmen des Gutachters bestätigen, wären alle quantitativen Ziele der Energiestrategie 2030 des Landes gefährdet. In der Energiestrategie war laut dem Wirtschaftsministerium auf Basis zahlreicher Gutachten das Kraftwerk als Regelkraftwerk mit 5265 Volllaststunden im Jahr 2030 eingeplant. Nur so sind auch die Klimaziele und die Senkung des Energieverbrauchs zu erreichen. Nur durch diesen Teillastbetrieb und die technischen Verbesserungen des Kraftwerkes kann die angestrebte Systemintegration der Erneuerbaren Energien erreicht werden. Mit den vom Gutachter angenommenen Volllaststunden ist keine Effizienzsteigerung möglich. Der Netzausbau müsste noch stärker vorangetrieben werden. Das Überangebot an Braunkohlestrom „verstopft“ die Netze und gibt keinen Anreiz zur Senkung des Energieverbrauchs. Der Gutachter nimmt an, dass Kohlestrom europaweit jederzeit zu Dumpingpreisen abgesetzt werden kann, um so das Kraftwerk stärker auszulasten.

Obwohl die Landesregierung die Braunkohleverstromung als Brückentechnologie bezeichnet, tut sie mit der Fortführung der Braunkohleplanverfahren für Welzow Süd II und Jänschwalde Nord alles, um die Braunkohleverstromung über das Jahr 2050 hinaus zu zementieren. Die Landesregierung sollte aber den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats der Landesregierung für Nachhaltige Entwicklungen ernsthaft folgen und sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, dass die Verstromung der Braunkohle letztlich nicht zukunftsfähig ist und der Energiewende im Weg steht. Das bedeutet in der Konsequenz, dass kein neuer Aufschluss von Tagebaugebieten mehr erfolgen soll, auch nicht von Welzow-Süd II. Braunkohle ist kein Partner für die Erneuerbaren Energien und auch keine tragfähige und kompatible Brücke beim notwendigen Transformationsprozess. Sie ist aus volkswirtschaftlicher und klimapolitischer Sicht ein Auslaufmodell. Die angeblich günstige Preissituation der heimischen Braunkohle beruht auf versteckten Subventionen. Bund und

Land haben in 2012 auf ca. 90 Mio. Euro Einnahmen zu Gunsten des Braunkohlenbergbaus verzichtet. Hinzu kamen noch Subventionierungen im Bereich der Kohleverstromung durch die kostenlose Zuteilung von CO2-Zertifikaten. Dies ergibt eine zusätzliche Subvention von rund 150 Mio. Euro pro Jahr. Siehe Tabelle:

Subvention	Höhe in Mio. Euro
Verzicht Brandenburgs auf die Förderabgabe	40
Verminderung des Wasserentnahmeentgelts (aktuell zahlt Vattenfall ca. 4 Mio. Euro.) Bei regulärer Zahlung würden ca. 22 Mio. Euro anfallen.	18
Bisher (vergangene Handelsperiode) wurden Vattenfall die Emissionshandelszertifikate weitgehend kostenlos zur Verfügung gestellt. Vattenfall erhielt für die gesamte Handelsperiode 102 Mio. t CO2 kostenlose Zertifikate, was bei einem durchschnittlichen Handelspreis von 7,01 € eine Subvention von über 143 Mio. Euro pro Jahr ausmacht.	143
Außerdem wurden die Tagebaufirmen von der EEG Umlage befreit, was 2012 eine Subvention von 45 Mio. Euro bedeutete. Davon entfallen ca. 30 Mio. Euro auf Brandenburger Tagebaue.	30
<b>Summe</b>	<b>231</b>

Würden die Subventionen wegfallen, würden die Stromgestehungskosten um 50% steigen. 2010 erzielte Braunkohlestrom einen Durchschnittserlös von 44,38 €/MWh. Bei diesem Erlös wäre ohne Subventionen kein wirtschaftlicher bzw. gewinnbringender Kraftwerksbetrieb möglich. Momentan befinden sich die Stromgestehungskosten der Vattenfall-Kraftwerke bei 20 – 30 €/MWh.

Ohne die Subventionen wäre schon heute die Position der Braunkohle im Energiemix eine andere. Und die Frage muss erlaubt sein, wie lange die Landesregierung die Braunkohleverstromung noch durch Nichteinnahmen subventionieren will und andererseits die Probleme der Tagebaufolgen – vom zerstörten Wasserhaushalt über Hangrutschungen bis hin zur braunen Spree – mangels Finanzen nicht in Angriff nehmen kann oder auch noch den Steuerzahlern überhelfen will.

2013 beginnt die neue Handelsperiode für die Emissionsrechte für Treibhausgase. Kohlekraftwerke müssen jetzt 100% der Zertifikate ersteigern. Die aktuellen Pläne Vattenfalls zum Personalabbau lassen darauf schließen, dass der Emissionshandel trotz niedriger Zertifikatspreise die Braunkohle aus der Verstromung verdrängen wird.

Wir haben die politisch Verantwortlichen im Landtag und in der Region immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Effekt eintreten wird und es dringend angezeigt ist, eine Alternative jenseits der Braunkohlewirtschaft für die Menschen in der Region zu entwickeln. Leider wurden unsere Warnungen insbesondere von der regierenden SPD ignoriert.